



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/63 - 15. März 1956

Hinweise  
auf den Inhalt:

Dringende Probleme der Volksschule	S. 1
Österreichs Stellung in der Welt	S. 3
Die Pension des Grossadmirals Raeder	S. 5
Zu einer Äusserung Professor von der Heydtes	S. 7

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31-33  
Fernschreiber 039 890

## Ein 9. Schuljahr?

Von Richard Reitzner, M.d.B.

Das Präsidium des Deutschen Städtetages hat ein 9. Schuljahr in den Volksschulen befürwortet. Der daraus entstehende Mehraufwand wird auf eine halbe Milliarde jährlich für das ganze Bundesgebiet geschätzt. Die vom Präsidium gefassten Entschliessungen zu den Schulfragen bedürfen noch der Zustimmung der Hauptversammlung. Diese soll vom 21. bis 23. Juni in Essen stattfinden.

Natürlich soll sich unser gesamtes pädagogisches Bemühen an Hochzielen orientieren und wir würden aufhören Pädagogen zu sein, wenn wir uns nicht zu ihnen bekennen würden. Das Erreichte bleibt leider, wie wir wissen, oft in vielen Bereichen des öffentlichen Lebens hinter unseren Bemühungen zurück. Die Folge ist, dass wir bescheidener werden und unsere Ziele zurücksetzen. Diese Erfahrungen aber sollten uns nicht abhalten, alle Schulreformbestrebungen vorwärtszutreiben, schon deshalb, da wir in einer sich dauernd verändernden Welt mit deutlichen sozialen und wirtschaftlichen Strukturänderungen leben. Die Umwälzungen auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens stellen der Schule und der Lehrerbildung immer neue Aufgaben. Der Volksschüler von heute ist der Bürger von morgen. Art und Güte des Unterrichts entscheiden später Ausmass und Fähigkeit seines Urteils über soziale, politische und kulturelle Fragen.

Von diesen Erwägungen aus gesehen, erscheint die Forderung nach dem 9. Schuljahr gerechtfertigt. Wir haben diese segensreiche

Einrichtung bereits in der österreichischen Bürgerschule erlebt. Doch sollte man ein 9. Stockwerk erst aufbauen, wenn die Fundamente es ermöglichen. Wie wir wissen, herrscht bereits ein fühlbarer Lehrermangel und eine unerträgliche Schulraumnot. Das sind Tatsachen, die uns zwingen, den Schulbau voranzutreiben und die Lehrerbildung und Lehrerbesoldung gründlich zu reformieren. Erst unlängst wurde im Bayerischen Landtag wieder über ungesunde äussere Verhältnisse in den Schulen Klage geführt und die Beseitigung des Schichtunterrichts gefordert. Die Höhe der für den Schulbau ausgegebenen Summen ist zwar von Jahr zu Jahr gestiegen, der Anteil an den gesamten Bauinvestitionen der Gemeinden und Gemeindeverbände für den Schulbau beträgt 20,6 %, rangiert also an zweiter Stelle hinter dem Strassenbau (23,5%). Trotzdem sind viele Gemeinden mit ihrem Schulbau noch sehr im Verzug.

Wie immer handelt es sich auch bei diesen Fragen um die richtige Rang- und Grössenordnung. Es kann nämlich keinen Fortschritt im Schulwesen und in der Schulbildung geben, wenn er nicht in der Lehrerbildung vorbereitet wird. Der Lehrer muss eine Ausbildung erhalten, die der Bedeutung seiner Aufgabe und gesellschaftlichen Stellung gerecht wird und ihn befähigt, seine Aufgaben in eigener Verantwortung zu erfüllen. Die Lehrerbildung muss daher auf einen neuen Boden gestellt werden. Gleichzeitig müssen die wesentlichsten Ursachen des Lehrermangels erkannt und beseitigt werden, weil wir sonst Gefahr laufen, Schulräume und Schüler ohne Lehrer zu erhalten.

Eine der Ursachen des Lehrermangels ist die Gehaltsfrage. Wahrscheinlich ist die Besoldungsfrage nicht die wesentlichste Ursache, dazu kommt die Bevormundung und Unfreiheit des Lehrers, die Verschärfung des Lehrermangels durch eine Schulorganisation, deren hauptsächliches Anliegen die Konfessionalisierung des Schulwesens ist, und die geringen Entwicklungsmöglichkeiten für die Lehrer. Sicher ist, dass der heutige Lehrernachwuchs nicht genügt. Bei einer durchschnittlichen Dienstzeit von 30 Jahren bei der Lehrerschaft der Volksschule berechnet man den jährlichen Nachwuchsbedarf auf 3,3% der jeweiligen hauptamtlichen Lehrkräfte. Da sich aus dem Lehrerberuf besondere Tatbestände ergeben, ist eine entsprechende Berücksichtigung in besoldungsrechtlicher Hinsicht gerecht und zwingend geboten. Die Reform der Lehrerbildung muss daher ehestens verwirklicht werden.

Ich glaube daher, dass die Rangordnung der Probleme im

Sektor der Schule so sein sollte:

- 1.) Volle Akademisierung der Lehrerbildung. Die Lehrerbildung soll nicht nur allgemein reformiert werden, sie muss den grundlegenden Wandel der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Struktur unserer Gesellschaft berücksichtigen. Die Lehrerbildung soll nicht konfessionell aufgebaut werden. Die Freiheit von Forschung und Lehre und eine Schulausbildung in geistiger Freiheit sind sicherzustellen.
- 2.) Sicherstellung gleicher Bildungsmöglichkeiten und die Beseitigung von Bildungsprivilegien.
- 3.) Die Beseitigung der Schulraumnot und die Förderung der Ausstattung von Schulen. Bau von modernen Landschulen und modernen Wohnungen für die Lehrer an Landschulen. Die Lehrer an einklassigen Volksschulen sollen den Status des Schulleiters oder Hauptlehrers erhalten.
- 4.) Die materielle Lage des Lehrers muss wesentlich gebessert werden.

Niemand bestreitet, dass die Neuordnung der Lehrerbildung, die Lehrerbesoldung und die Beseitigung der Schulraumnot bedeutsame und dringende staatspolitische und kulturpolitische Aufgaben sind. Viele ideelle und materielle Notstände sind noch zu beseitigen. Es ist daher Pflicht des Bundes, ungeachtet wo die Kultur- und Schulautonomie liegt, diese Notstände durch materielle Zuschüsse an die Länder über ein Schullastenausgleichsgesetz zu mildern und zu beseitigen. Das kann im Rahmen des Finanzausgleichs durch eine Neuverteilung der Schullaster geschehen.

In der letzten Sitzung des Ausschusses für Kulturpolitik habe ich angeregt, eine gemeinsame Sitzung mit dem Ausschuss für Kulturpolitik der Länder einzuberufen. In dieser Sitzung sollte man sich über die Rangordnung der Probleme einigen und allgemein anerkannte Schulgrundsätze erarbeiten.

\* \* \*

#### Meinungstreit um die Außenpolitik

K.F., Wien

Das erste öffentliche Auftreten des Vertreters Österreichs bei den Vereinten Nationen, Dr. Matsch, führte bereits zu unliebsamen Diskussionen über Österreichs Stellung in der Welt. Dr. Matsch wurde kürzlich in New York in einer Pressekonferenz gefragt, ob er die Aufnahme des kommunistischen China in die Vereinten Nationen für unvermeidbar halte. Dr. Matsch bejahte diese Frage. Später hat das österreichische Außenamt in einem Dementi erklärt, er habe die Aufnahme Chinas nicht - 4 -

für "unvermeidbar", sondern nur für "möglich" gehalten.

Allein die Fragestellung, mehr noch aber natürlich die Reaktion auf die gewiss nicht sehr diplomatische Antwort zeigen schlaglichtartig die Ungewissheit der westlichen Welt über Österreichs Stellung in der Welt. Die Leitung der österreichischen Aussenpolitik obliegt dem Bundeskanzler. Ing. Julius Raab (jetziger Parteiboss der ÖVP) und dem Ausserminister Ing. Leopold Figl (früherer Parteiboss der ÖVP), wobei selbstverständlich die SPÖ als Koalitionspartner ihr Recht auf Mitbestimmung vertritt. Das Misstrauen gegen Österreich ist also eigentlich ein Misstrauen gegen den aussenpolitischen Kurs der ÖVP - und das zweifellos mit Recht! Denn ginge es allein nach der ÖVP, dann wäre Österreich nicht das Bollwerk der freien Welt, als welches es, dank sozialistischer Politik, den Weg aus vierfacher Besatzung in die Freiheit gefunden hat und jetzt, nach sozialistischem Willen, einen möglichst engen Kontakt zur freien Welt des Westens anbaut, ohne dabei zu vergessen, dass es eine Brücke zwischen Ost und West sein soll.

Man hat Bundeskanzler Raab als "russophil" bezeichnet, womit man ihm wahrscheinlich unrecht tut, aber richtig ist wohl, wenn man das gesamte aussenpolitische Konzept der ÖVP (sofern es so etwas gibt) als "knieweich" bezeichnet. Grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten zwischen der ÖVP und der SPÖ in aussenpolitischen Fragen gibt es eigentlich nicht, aber in der praktischen Auswirkung, in der inneren Haltung, im Wesen und Charakter der aussenpolitischen Auffassungen ist festzustellen, dass die ÖVP überwiegend neutralistisch eingestellt ist und sich sowjetisches Wohlwollen erwerben und erhalten möchte, während die SPÖ den Sowjets gegenüber eine zwar freundliche und aufgeschlossene, nichtsdestoweniger aber entschiedene und reservierte Einstellung zeigt. Für die österreichischen Sozialisten ist die Neutralität, die sie übrigens eifersüchtig hüten, eine militärische Angelegenheit und nicht zu verwechseln mit Gesinnungslosigkeit.

Am 18. Jänner brachten SP-Abgeordnete im Parlament einen Entschliessungsantrag über den sofortigen Beitritt Österreichs zum Europarat ein. Ein solcher Beitritt, so erklärten sie, würde eindeutig beweisen, dass Österreich sich den demokratischen Ländern in der ganzen Welt verbunden fühlt. Österreich besass bis dahin zwar einen parlamentarischen Ausschuss für europäische Angelegenheiten und sogar einen ständigen Beobachter beim Europarat in Strassburg (noch dazu einen

ehemaligen ÖVP-Abgeordneten), aber der ÖVP begannen gewissermassen "die Knie zu zittern". Bundeskanzler Raab sprach sich gegen diesen Beitritt aus, da er bei den Sowjets Missbilligung finden und für Österreich nachteilig sein könnte. Die gesamte ÖVP-Presse, einschliesslich katholischer Blätter, führte daraufhin geradezu eine Anti-Europa-Kampagne.

Die kommunistische Presse zollte der Haltung Raabs frenetischen Beifall. Das Verbot des kommunistischen "Weltgewerkschaftsbundes" in Österreich und die Auflösung seiner Wiener Zentrale durch den sozialistischen Innenminister Oskar Helmer wurde von der ÖVP nur mit Unwillen zur Kenntnis genommen, da dies ihren neutralistischen Kurs ebenfalls zuwiderlief. Auch das "Konklave" der ÖVP-Spitzenfunktionäre Mitte Februar am Semmering brachte keine klare Stellungnahme zum Europarat. Raab erklärte nur orakelhaft: "Ich überschätze den zu fassenden Beschluss bezüglich des Beitrittes zum Europarat nicht, noch unterschätze ich ihn" - er war nur weiterhin dagegen.

Schliesslich gelang es den Sozialisten doch, innerhalb der Regierung ihre Ansicht durchzusetzen. Am 21. Februar beschloss der Ministerrat den Beitritt Österreichs zum Europarat. Österreichs Bekenntnis zur freien Welt ist den Sozialisten zu verdanken. Je mehr in Zukunft die Sozialisten Österreichs Weg bestimmen können, desto grösser wird auch das Vertrauen der Welt zu diesem zweifellos in schwieriger Lage <sup>be</sup>findlichen Lande sein.

\* \* \*

#### 2246 DMark im Monat auf den Tisch

sp. Ende September vorigen Jahres wurde der seinerzeit vom Kärntnerberger Gericht zu lebenslänglicher Gefängnishaft verurteilte ehemalige Grossadmiral Raeder aus dem Spandauer Gefängnis entlassen. Die Entlassung erfolgte aufgrund wiederholter Interventionen der Bundesregierung. Sie hatte die Westalliierten gebeten, doch im Falle Raeder die Verbindung mit der sowjetischen Regierung aufzunehmen. Niemand wird daraus Bann, den Westmächten und der Sowjetunion einen Vorwurf machen, dass durch diesen Akt der Menschlichkeit Raeder in Freiheit kam. Schliesslich ist er ein alter Mann, der bitter für sein politisches Versagen büssen musste.

Soweit könnte der Fall Raeder abgeschlossen sein. Die Bundes-

regierung hat leider dafür gesorgt, dass ein Schlussstrich nicht gesetzt werden kann, sondern mit diesem Namen ein neues und peinliches Kapitel eröffnet wird. Der ehemalige Grossadmiral erhält seit dem ersten Oktober, also kurz nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis, eine monatliche Pension von genau 2.246DMark. Diese Großzügigkeit Bonns datiert aber nicht nur erst seit dem 1. Oktober 1955. Noch während der letzten zwei Jahre seiner Haft bekam Frau Raeder monatlich den gleichen Betrag!

Wohlgemerkt: Die Familie Raeder hat, wie es jeder Bundesbürger haben sollte, Anspruch auf einen von Not und Hunger freien Lebensabend. Immerhin gehörte Raeder zu den Paladinen des Dritten Reiches, als Mitglied des geheimen Kabinettsrates trägt er ein gerütteltes Mass von Mitschuld an den verbrecherischen Angriffsvorbereitungen Hitlers. Hätte es in diesem Falle nicht nahe gelegen, die Disziplinarbestimmungen des 13ler Gesetzes anzuwenden, um wenigstens durch eine entsprechende Pensionsverkürzung Distanz zu wahren? Nichts dergleichen geschah und die Frage an die Regierung, bzw. das Bundesinnenministerium ist wohl berechtigt, ob der gleiche, hier gewiss nicht angebrachte Grossmut, sich auch auf die Angehörigen der übrigen noch in Spandau befindlichen Kriegsverbrecher erstreckt.

Hier geht es nicht um einen Einzelfall, hier handelt es sich um einen Gesamtkomplex. Da ist der Fall Lautz, der als früherer Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof eine monatliche Pension von 1342 DM bezieht, da ist der frühere Polizeipräsident von Lübeck, der SS-General Schröder, der nicht nur 1000 Mark monatliche Pension bekommt, sondern auch noch Schadenersatzforderungen an den Staat in Höhe von 100.000 DM gestellt hat, und da ist der ehemalige Oberbürgermeister von Bielefeld, dem 21.000 DM nachgezahlt wurden. Kein geringerer als der gegenwärtige Präsident des Bundestages, Dr. Gerstenmaier, hat kürzlich selbst auf diesen offensichtlichen Miestand in der Gesetzgebung von Bund und Ländern hingewiesen. Hier wird, um mit Gerstenmaier zu sprechen, bei der Anwendung dieser Gesetze nicht selten in einer Weise verfahren, die man nur als sinnwidrig bezeichnen kann.

Es ist in der Tat paradox und widerspricht dem Gedanken des Rechts, wenn jene Männer, die durch ihr Mitwirken die Tragödie des zweiten Weltkrieges mitauslösten, in den vollen Besitz ihrer Pension gelangen, während die Opfer dieser Tragödie auf der Strecke bleiben oder mit Almosen abgespeist werden. Das unwürdige Tauziehen um die Erhöhung der Kriegs-

opferrenten, der beschämende Langsamlauf in der Wiedergutmachung, der vielerorts bewiesene Unwille von Behörden, die Ansprüche ehemals politisch und rassistisch Verfolgter überhaupt anzuerkennen und zu erledigen, steht im aufreizenden Widerspruch zu der Behandlung von Überlebenden Schildträgern des Dritten Reiches. Sollen die Verfolger noch nachträglich über die Verfolgten triumphieren? Wer sich zu einem solchen Missbrauch von Versöhnungsbereitschaft in unserem Volke verleiten lässt, missachtet das Recht, ohne das kein Staat auf die Dauer bestehen kann.

\* \* \*

#### Bündnis Paris-Bonn statt Wiedervereinigung

sp. Prof. von der Heydt hat in der französischen Zeitschrift "Politique Etrangère" im August/September-Heft 1955 (die Ausgabe ist uns erst jetzt vor Augen gekommen) einen Aufsatz über "Die rechtliche Situation der Bundesrepublik Deutschland" geschrieben. Bei Professor von der Heydt handelt es sich um einen bekannten katholischen Soziologen und Staatsrechtler, führendes Mitglied der Abendländischen Akademie, Früherer Berufsoffizier, der später für die Männer des 20. Juli eintrat und vor vier Jahren auf einer Tagung des Sach-Ausschusses für Recht, Staat und Gesellschaft des Zentralkomitees des Deutschen Katholikentages in Mainz sich nachdrücklich für die Bildung eines "katholischen Berufs-Ethos" für den Soldaten" einsetzte. Im Schlusskapitel des Aufsatzes von der Heydtes finden sich einige aufschlussreiche Gedankengänge. Es heißt:

"Die Welt muss sich daran gewöhnen, dass es morgen zwei Deutschland geben kann. Man spricht so leicht von Westdeutschland, und man denkt nur an die Bundesrepublik. Nur, die Bundesrepublik ist nur die Hälfte des früheren Deutschland. Neben ihr gibt es einen anderen deutschen Staat, die Deutsche Demokratische Republik, die man als Faktor der politischen Realität nicht ignorieren kann, ohne einen verwerflichen Fehler zu begehen.

...Heute befindet sich die Bundesrepublik in einem Dilemma. Sie kann nicht in einer Isolierung bestehen, die fern davon ist, splendid zu sein. Zwei politische Lösungen bieten sich ihr für die Zukunft an: Entweder muss sie eine entschiedene und - 8 -

bestimmte Politik der politischen Wiedervereinigung betreiben, welche die deutschen Sozialisten vorschlagen und propagieren; aber früher oder später würde dies sie auf alle Fälle unter den Einfluss des Sowjetblocks bringen. Oder sie muss eine Integrationspolitik nach Westen betreiben, eine Politik, die von der gegenwärtigen Regierung betrieben wird und die zunächst eine vollkommene Neuformung der französisch-deutschen Beziehungen voraussetzt. Daher sind diese Beziehungen der Schlüssel jeder politischen Entwicklung in Europa. Man muss beginnen, dieses Problem zu lösen."

So weit Herr von der Heydte. Sein kardinaler, entscheidender Irrtum liegt in dem Nebensatz: "... , aber früher oder später würde dies (eine entschiedene Wiedervereinigungspolitik, welche die Sozialisten vorschlagen) sie (die Bundesrepublik) auf alle Fälle (!) unter den Einfluss des Sowjetblocks bringen". Solche Auffassung ist durch nichts gerechtfertigt, sie beruht auf mangelndem Selbstvertrauen in der geistigen Auseinandersetzung mit dem Kommunismus und hat ihren letzten Ursprung wohl in einem Denken, das die Zone nicht mehr als unentbehrlichen Bestandteil des ganz nach Westen neigenden Abendlandes ansieht. Heydte zeigt klar auf, dass nach seiner Meinung der Ausbau der westdeutsch-französischen Beziehungen, wie er ihn sich vorstellt, ein Ersatz für die Wiedervereinigung zu sein hat. Er steht sicher mit dieser Haltung nicht allein. Es gibt viele, die jede mögliche Form der Wiedervereinigung als gefährlich betrachten und aus diesem Grunde die Wiedervereinigung offensichtlich gar nicht ehrlich und mit ganzer Anstrengung herbeizuführen bemüht sind.

\* \* \*

---

Verantwortlich: Peter Raunau